



blickwinkel/P. Royer

Umwelt und Gesundheit

Umweltschutz ist vorsorgender Gesundheitsschutz. Dazu liefert die Weltgesundheitsorganisation WHO anschauliche Daten: So wird ein Viertel aller Krankheiten weltweit auf Umweltfaktoren zurückgeführt. Würden alle Möglichkeiten zum Schutz der Umwelt genutzt, gäbe es jedes Jahr 30 Mio. Tote weniger – wobei den höchsten Preis die Kinder zahlen. Die Verbindung Umwelt – Gesundheit ist eindeutig. Doch im öffentlichen Bewusstsein und in der politischen Praxis ist sie noch zu wenig verankert.

Erstmals im Jahr 1989 wurde auf höchster europäischer Ebene der Zusammenhang von Umwelt und Gesundheit gewürdigt. Damals verabschiedete eine Ministerkonferenz in Frankfurt am Main eine »Europäische Charta Umwelt und Gesundheit«. Ihr Kernsatz lautet: »Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Umwelt, die ein höchstmögliches Maß an Gesundheit und Wohlbefinden ermöglicht.« Zu dem Ziel, schädliche Umwelteinflüsse auf die Gesundheit zu verringern, bekennen sich heute 53 europäische Staaten.

Zwei Seiten einer Medaille

Obwohl die WHO also seit 20 Jahren darüber diskutiert und forschen lässt, ist die enge Verknüpfung von Umwelt und Gesundheit noch längst nicht Allgemeingut. Bei näherer Betrachtung wird es wohl den meisten

Menschen einleuchten, dass die Qualität unserer Umwelt und unser Gesundheitszustand zwei Seiten einer Medaille sind. Bei Umweltkatastrophen wie dem Reaktorunfall von Tschernobyl dürfte die Verbindung unstrittig sein, beim Thema Lärm ist sie schon schwieriger nachvollziehbar. Bei neuen Technologien, die sich unseren Sinnen entziehen – wie die Nanotechnologie oder elektromagnetische Strahlung –, ist sie auch wissenschaftlich sehr viel schwieriger nachzuweisen. Hier macht sich die Vielzahl heutiger Umweltbelastungen bemerkbar: Einfache Ursache-Wirkungsbeziehungen sind eher die Ausnahme, komplexe Kombinationswirkungen dürften dagegen die Regel sein.

Wie drückt sich im Wirkungsgefüge Umwelt und Gesundheit der positive Einfluss einer intakten Natur aus? Bäume und Grünflächen in Städten erfreuen nicht

nur das Auge, sie filtern auch Schadstoffe aus der Luft und können als Schneisen für frische Luft besonders bei Hitzewellen extreme Temperaturen abmildern. Ein ganz anderes Beispiel: Nur wenn wir unsere biologische Vielfalt bewahren, können wir aus dem reichen Genpool der Tiere und Pflanzen neue Rassen und Sorten züchten oder Medikamente gewinnen, um auf eine sich ändernde Umwelt zu reagieren.

Aktionsprogramm für Kinder

1999 stellten Bundesumwelt- und Bundesgesundheitsministerium ihr »Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit« vor. Schon zuvor hatte der BUND gemeinsam mit anderen Nichtregierungsorganisationen einen eigenen Aktionsplan Umwelt und Gesundheit erarbeitet. Doch weil die anfängliche Euphorie unter der rot-grünen Bundesregierung wenig politisch Zählbares erbrachte, verschoben sich die Arbeitsschwerpunkte in vielen Umweltverbänden wieder. Umwelt und Gesundheit führen seither – als eigenes Handlungsfeld – eher ein Schattendasein.

Die Geschäftsstelle des staatlichen Aktionsprogramms ist im Umweltbundesamt angesiedelt. Seit 2001 hat es den Schwerpunkt Kindergesundheit. Damit wurde eine zentrale Forderung der Nichtregierungsseite erfüllt. Kinder und Jugendliche sind im Wachstum allgemein sehr viel empfindlicher gegenüber Umweltbelastungen als Erwachsene. Maßnahmen, die Kinder schützen, kommen zugleich allen Altersgruppen zugute. So hat das Aktionsprogramm repräsentativ ermittelt, wie sich eine belastete Umwelt auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen auswirkt. Dabei wurde deutlich, dass auch der soziale Hintergrund eine wichtige Rolle spielt. So wohnen Kinder aus Familien mit niedrigem sozialem Status häufiger an stark befahrenen Straßen als solche mit höherem Status. Sie sind somit einem größeren Risiko ausgesetzt, zum Beispiel an den Atemwegen zu erkranken. Andererseits kommen sie mit speziellen Schadstoffen weniger in Kontakt als privilegierte Kinder – die zudem häufiger unter Allergien leiden. Unstrittig bleibt: Die Folgen unterlassenen Umweltschutzes treffen vor allem die sozial Schwachen.

Auch auf europäischer Ebene wurde – 2004 – ein Schwerpunkt Kinder gewählt und ein eigener Aktionsplan verabschiedet.

Neue Herausforderungen

Für die nächste Ministerkonferenz 2010 hat man neben den Kindern auch die älteren Menschen als besonders Betroffene ausgesucht – in Anbetracht der Gesundheitsgefahren durch den Klimawandel. Beide Altersgruppen leiden in besonderem Maße. Verliefen

die Flutkatastrophen 1997 an der Oder und 2002 an der Elbe noch relativ glimpflich, so forderte die Hitzewelle 2003 europaweit etwa 70000 Tote, vornehmlich ältere Menschen, deren Herz-Kreislaufsystem in der mehr-tägigen Rekordhitze kollabiert war. Damals zeigte sich auch das deutsche Gesundheitswesen überfordert.

An anderer Stelle macht sich die Klimaerwärmung bereits chronisch bemerkbar: So führt die längere Blütezeit bestimmter Pflanzen und die Ausbreitung bisher nicht heimischer allergener Pflanzen dazu, dass die für Allergiker reizarme Jahreszeit immer kürzer wird.

Nichtbeachtung teuer

Unterlassener Umweltschutz sorgt (nicht nur, aber auch) im Gesundheitswesen für hohe Kosten. Wer einseitig wirtschaftliche Interessen verfolgt, muss an anderer Stelle tiefer in die Tasche greifen. Wer über den Straßenbau die Konjunktur ankurbeln will, produziert auch mehr Lärm und Abgase und eine schnellere Klimaerwärmung – und damit höhere Ausgaben für die Behandlung kranker Menschen. Für ein gesundes Leben ist eine intakte Umwelt von elementarer Bedeutung. Es gibt noch viel zu tun.

Erik Petersen

... ist Projektleiter beim Netzwerk Kindergesundheit und Umwelt – Bündnis für eine enkeltaugliche Zukunft e.V.

- ▶ www.apug.de
- ▶ www.netzwerk-kindergesundheit.de



Erik Petersen

Gewusst wie!

Es ist ja nicht so, dass wir ganz ahnungslos wären, was gesunde Ernährung bedeutet. Das Problem ist, dieses Wissen auch umzusetzen. Zum einen führen uns die Hersteller von Lebensmitteln bei der Vermarktung ihrer Produkte gerne in die Irre. Zum anderen können immer weniger Menschen frische, unverarbeitete Zutaten gesund und abwechslungsreich zubereiten. Schließlich ist auch die Politik gefragt, einer bewussteren Ernährung bessere Rahmenbedingungen zu bieten.

Mitte Oktober fand in Köln die Anuga statt, die größte Nahrungs- und Genussmesse der Welt. Nicht von ungefähr findet diese Messe der Superlative alle zwei Jahre in Deutschland statt: Steht unser Land doch im Welthandel mit Agrargütern und Lebensmitteln bei den Ausfuhren auf Platz drei, bei den Einfuhren sogar auf Platz zwei. Mitten in die Trendmesse platzte die Nachricht, dass erstmals über eine Milliarde Menschen als unterernährt gelten.

In seiner Eröffnungsrede warb der Vertreter der deutschen Ernährungsindustrie nicht nur offensiv für die Gentechnik auf dem Acker – vorgeblich zum Kampf gegen den Welthunger. Er rief auch dazu auf, gegen »vermeintliche Verbraucherschützer« vorzugehen, die mit ihrer ständigen Kritik den Ruf der Ernährungsindustrie »mutwillig beschädigten«.

Dabei hat sich die Branche diese Kritik redlich verdient. Jeder Supermarkt bietet unzählige Beispiele dafür, wie Hersteller die Herkunft, die Inhaltsstoffe und die Eigenschaften ihrer Produkte verschleiern und bewusst beschönigen. So vermittelt der Marktführer »Wiesenhof« den Käufern seiner Hähnchen allein durch den Namen ein gutes Gefühl. Und dies, auch wenn das arme Mastvieh in seinem kurzen Leben keinen Grashalm gesehen hat.

Ein anderes Beispiel: Wer bekam vor einem Jahr schon mit, dass eines unserer Grundnahrungsmittel auf einmal nur noch in »optimierter« Form zu kaufen war? In vielen Läden blieb die angebotene Frischmilch plötzlich über drei Wochen haltbar, auch schmeckte sie anders, manche vertrugen sie nicht mehr. Der Grund: Man hatte die Milch, statt sie wie üblich zu pasteurisieren, auf über 120 Grad erhitzt oder mikrofiltriert. Nur wenige Hersteller hielten es für nötig, auf diese »Innovation« hinzuweisen. Als frische Milch drehte man uns nun (im Fachjargon:) »ESL-Milch« an.

Nur wenige Hersteller hielten es für nötig, auf diese »Innovation« hinzuweisen. Als frische Milch drehte man uns nun (im Fachjargon:) »ESL-Milch« an.

Mehr Transparenz

Was hat die fehlende Transparenz mit unserer Gesundheit zu tun? Nun, wer sich bewusst ernähren will, muss beim Einkauf auch bewusst wählen können. Zum Beispiel zwischen Tierprodukten aus artgerechter und solchen aus Massentierhaltung (mit gentechnisch verändertem Soja und Mais im Kraftfutter); oder zwischen wenig und stark verarbeiteten Lebensmitteln – siehe Milch. Außerdem sollen Verbraucher gerade die ungesunden Lebensmittel auch als solche erkennen können. Deshalb fordert der BUND – der hier über zwei Drittel der Verbraucher hinter sich weiß –, alle Lebensmittel mit einer »Ampel« deutlich zu kennzeichnen:

zum Beispiel zwischen Tierprodukten aus artgerechter und solchen aus Massentierhaltung (mit gentechnisch verändertem Soja und Mais im Kraftfutter); oder zwischen wenig und stark verarbeiteten Lebensmitteln – siehe Milch. Außerdem sollen Verbraucher gerade die ungesunden Lebensmittel auch als solche erkennen können. Deshalb fordert der BUND – der hier über zwei Drittel der Verbraucher hinter sich weiß –, alle Lebensmittel mit einer »Ampel« deutlich zu kennzeichnen:



Großstudie zeigt: Bioprodukte gesünder

Fünf Jahre Forschung in 16 europäischen Ländern ergab ein eindeutiges Bild: Biolebensmittel sind ernährungsphysiologisch besser als ihre konventionellen Pendanten. Kohl, Salat, Tomaten oder Kartoffeln fördern die Gesundheit, weil sie mehr Antioxidantien, Vitamine und andere bioaktive Stoffe enthalten. Biomilch enthält vor allem im Sommer 40–60 % mehr Omega-3-Fettsäuren und bis zu 70 % mehr Vitamine. Für die besseren Ergebnisse des Ökolandbaus ist vor allem die organische Düngung verantwortlich, deren Wirkung bislang unterschätzt wurde. Sie erhöht den Gehalt an bioaktiven Stoffen, verbessert die Eiweißprofile und stärkt pflanzliche Abwehrkräfte.

Die Großstudie widerlegt damit eine im Sommer viel zitierte englische Studie, die keine Vorteile von Öko-Produkten festgestellt hatte. Dazu Dr. Urs Niggli vom Forschungsinstitut für biologischen Landbau: »Am klarsten unterschieden sich tierische Produkte wie Milch und Joghurt. Tiere, die statt Kraftfutter Heu, Klee und Gras fressen, produzieren mehr gesunde ungesättigte Fettsäuren. Die englischen Kollegen haben nur das Gesamtbild bisheriger Studien betrachtet und viele entscheidende nicht berücksichtigt.« Zumal die englische Studie ein wichtiges Merkmal von Bioprodukten – keine Rückstände von Pestiziden – überhaupt nicht gewichtet hatte ...

Mit dem Projekt »McMöhre« wirbt die BUNDjugend in Baden-Württemberg für ein »nachhaltiges Pausenvesper«.

Rote, gelbe oder grüne Punkte stehen dann für einen hohen, mittleren oder niedrigen Anteil von Dickmachern wie Fett, gesättigten Fettsäuren und Zucker. Doch die Ampel ist vom Tisch: In ihrem Koalitionsvertrag entlässt die neue Bundesregierung die Ernährungsbranche – die die Ampel größtenteils strikt ablehnt – hier ausdrücklich aus der Pflicht.

Fallen umgehen

Kein Wunder, dass sich die Hersteller gegen eine zu offensichtliche Kennzeichnung ihrer Produkte wehren. Würde doch manch Werbeversprechen wie eine Seifenblase zerplatzen. Gerade der Hinweis auf angeblich gesundheitsfördernde Eigenschaften gilt als probates Mittel der Umsatzsteigerung. So behauptet die Firma Danone, ihr Trinkjoghurt Actimel stärke das Immunsystem. Der Verbraucherorganisation Foodwatch war dies den »Goldenen Windbeutel« für die »dreiste Werbелüge« wert: Es sei nicht plausibel, dass Actimel gesünder sei als ein einfacher Naturjoghurt, der nur halb so viel Zucker enthält und ein Viertel so teuer ist.

Was lehrt das? Am leichtesten umgehen Gesundheitsbewusste die Fallen der Ernährungsindustrie, indem sie auf frische und nur gering verarbeitete Lebensmittel zurückgreifen: auf Obst und Gemüse, auf Getreide, das selbst gemahlen unvergleichlich aromatisch schmeckt, auf Fleisch, Milch und Eier. Wer die Zutaten ausgewogen nutzt – als ein Vorbild gilt hier die mediterrane Küche, die nur zu 25% tierische Produkte verwendet – und beim Einkauf auf regionale Herkunft und ökologische Produktion achtet, hat eine gute Basis geschaffen.

Besser selber kochen

Doch für immer mehr Menschen lauert die eigentliche Hürde auf dem Weg zu einer selbstbestimmten gesunden Ernährung erst nach dem Einkauf. Denn Umfragen belegen, dass immer weniger Menschen die Kulturtechnik des Kochens und Backens beherrschen. Wer kein überzeugter Rohkostler ist, muss aber etwas handwerkliches Können mitbringen, um aus nicht oder nur gering verarbeiteten Lebensmitteln einen vielseitigen und gesunden Speiseplan zu erstellen.

Hier wäre dem guten alten Schulfach »Hauswirtschaft« eine Renaissance zu wünschen. Denn wachsen wir fern der Küche auf, werden wir später oft zu lebenslangen Opfern von Schnellimbiss, Käse-Imitat und 5-Minuten-Terrine. Und dann ist kaum mehr mit unserer Unterstützung zu rechnen, wenn Verbraucherschützer die giftfreie Herstellung sowie transparente Herkunft und Kennzeichnung von Lebensmitteln fordern.

Nicht nur deshalb wäre es wichtig, dem Thema »Ernährung« an den Schulen mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Leiden doch gerade Kinder vermehrt unter Übergewicht und den damit verbundenen Gesundheitsproblemen. Weil sie sich zu wenig bewegen – und weil



Kinderkochclub von »Slow Food« in Oldenburg.

sie lernen, sich schlecht zu ernähren. Statt Nahrungsmittelkonzerne mit Millionen zu subventionieren, muss die Politik stärker eine unabhängige Aufklärung der Verbraucher fördern. Kindern muss die enge Beziehung zwischen Hof und Teller besser vermittelt werden.

Agrarpolitik gefragt

In Zeiten sinkender öffentlicher Nachfrage nach Produkten, die keine »Veredlung« durch Nahrungsdesigner erfahren haben, ist nun auch die Agrarpolitik gefragt. Sie muss dazu beitragen, dass die Standards der deutschen Landwirtschaft eine gesunde Ernährung schon auf dem Acker sicherstellen. Und das ist keine leichte Aufgabe. Ist doch die Mehrzahl der Landwirte – als Nicht-Biobauern – einem ständigen Prozess der Intensivierung unterworfen: Der Einsatz von Pestiziden steigt bundesweit stetig an. Die Zahl des Nutztviehs in Massentierhaltung wächst ebenfalls Jahr für Jahr, und damit der Einsatz von gentechnisch verändertem Kraftfutter und Medikamenten im Stall. Gleichzeitig sind die globalen Warenströme immer enger verflochten, was die Herkunftskontrolle erschwert.

Die Lösung kann nur sein, der Industrialisierung der Landwirtschaft einen Riegel vorzuschieben, regionale und ökologische Strukturen zu stärken und statt der heutigen Überproduktion Qualitätserzeugung auf bäuerlichen Betrieben zu fördern. Das Geld dazu ist im Brüsseler Agrarhaushalt vorhanden. Es muss allerdings gründlich umverteilt werden.

Severin Zillich



Wo kommt die Milch her? Nicht alle Kinder wissen darauf noch eine Antwort.

Wo verstecken sich Schadstoffe?

Ob bromierte Flammschutzmittel, synthetische Moschusverbindungen, Fluor-Chemikalien, Weichmacher oder Bisphenol A – gefährliche Chemikalien sind in unserer Umwelt allgegenwärtig. Sie finden sich in vielen Gegenständen, mit denen wir täglich in Berührung kommen. Fragen Sie den Hersteller, ob Substanzen in einem bestimmten Produkt Ihre Gesundheit besonders gefährden.

Die gleichen Schadstoffe, die in Alltagsprodukten wie Reinigungsmitteln, Kosmetika, Möbeln, Textilien, Küchenutensilien, Essensverpackungen und sogar in Kinderspielzeug zum Einsatz kommen, konnten bei Untersuchungen bereits im menschlichen Körper nachgewiesen werden. Das ist höchst beunruhigend. Spricht doch immer mehr dafür, dass es eine Verbindung zwischen dieser Belastung und Krankheiten wie Krebs, Allergien, Asthma oder Parkinson sowie Lernschwächen und verringerter Fruchtbarkeit gibt.

Wie kann man sich als Verbraucher davor schützen? Seit Kurzem sind Hersteller und Händler gesetzlich dazu verpflichtet, über die gefährlichsten Substanzen in ihren Waren zu informieren. Möglich macht dies REACH, das neue europaweite Gesetz zur Regulierung von Chemikalien. Es verpflichtet die Industrie, chemische Substanzen auf ihre gesundheits- und umweltschädliche Wirkung zu untersuchen. Dies ist dringend nötig, denn die meisten der etwa 30000 EU-weit in Konsumprodukten eingesetzten Chemikalien wurden nie auf ihre Sicherheit überprüft. Verbrauchern bietet REACH das Recht, beim Anbieter nachzufragen: Sind in einem Produkt Stoffe enthalten, die die EU als »besonders besorgniserregend« einstuft und damit für ein Verbot vorschlägt? Die Unternehmen müssen solche Anfragen innerhalb von 45 Tagen gratis beantworten.

Nur ein Bruchteil erfasst

Einen kleinen Haken gibt es allerdings: Bisher gelten erst 29 Schadstoffe als »besonders besorgniserregend«, obwohl EU-Kommission und Umweltverbände davon ausgehen, dass etwa 2500 Produktchemikalien die Gesundheit schädigen. Der BUND und andere europäische Umwelt- und Gesundheitsverbände setzen sich deswegen dafür ein, dass die EU-Mitgliedsstaaten – die für die Nominierung dieser Stoffe zuständig sind – so schnell wie möglich alle besonders gefährlichen Chemikalien auflisten.

Schon jetzt aber lässt sich mit der Verbraucheranfrage zumindest herausfinden, ob ein Produkt zum Beispiel bestimmte Weichmacher (DBP, DEHP, BBP und DiBP) enthält, die die Fruchtbarkeit und Entwicklung schädigen. Diese wurden sogar schon in Kinderspielzeug aus Weich-PVC nachgewiesen! Zudem signalisiert eine solche Anfrage den Unternehmen auch: Wir Verbraucher dulden nicht länger, dass unsere Gesundheit durch gefährliche Chemikalien aufs Spiel gesetzt wird. Zeigen Sie also Flagge: gegen Schadstoffe im Alltag, für eine gesunde Zukunft!

Um Auskunft über ein bestimmtes Produkt zu erhalten, müssen Sie lediglich eine kurze schriftliche Anfrage stellen. Einen Musterbrief und weitere Informationen zum Thema finden Sie auf www.bund.net/gift-stoppen und in unserem neuen Flyer »Wie viel Chemie kaufen wir euch ab?«.

Patricia Cameron

... leitet das BUND-Referat »Stoffe und Technologien«. Bezug des Flyers über www.bund.net/publikationen oder im BUND-Laden, Tel. 030/27586-480, bundladen@bund.net

Was ist wirklich drin? Mit einer Verbraucheranfrage entlarven Sie versteckte Schadstoffe.



Minis mit Nebenwirkungen

Ob Krebstherapie oder Solarzellentechnik – Nanotechnologie wird häufig mit hochspezialisierten Anwendungen in Verbindung gebracht. Doch auch in immer mehr Alltagsprodukten kommen Nanomaterialien zum Einsatz, meist ohne dass wir Verbraucher davon erfahren. Und mit ungeklärten Folgen für unsere Gesundheit.

Wie viele Nanoprodukte auf dem Markt sind, lässt sich nicht ermitteln. Eine Kennzeichnung und Registrierung ist nicht vorgeschrieben. Die Datenbank des »Project on Emerging Nanotechnologies« (USA) verzeichnet aber bereits über Tausend Einträge zu Nanoprodukten: Sonnencremes und Haushaltsreiniger gehören genauso dazu wie Socken und Nahrungsergänzungsmittel. Gemeinsam ist all diesen Waren, dass sie künstliche Partikel in der Größenordnung von Milliardenstel Metern enthalten. Die Hersteller machen sich zunutze, dass Stoffe in Nanogröße sich anders verhalten als größere Partikel gleicher chemischer Zusammensetzung. So sind Nanopartikel deutlich reaktionsfreudiger. In Organismen und in der Umwelt sind sie mobiler und besser verfügbar. Selbst ihre Farbe kann sich auf Grund der geringen Partikelgröße ändern. Diese neuen Eigenschaften bergen allerdings auch neue Risiken für Mensch und Umwelt.

Versilbertes Risiko

Risiken sind vor allem da zu vermuten, wo Nanopartikel »verbrauchernah« in Lebensmitteln, Textilien oder Kosmetika Anwendung finden. Hier sind sie meist nicht fest im Material gebunden und können in die Umwelt entweichen. Dank ihrer geringen Größe gelangen sie leichter in den menschlichen Körper. Bestimmte Partikel durchdringen sogar die Zellmembranen und körpereigene Schutzbarrieren wie die Blut-Hirn- und die Plazenta-Schranke. Noch weiß man zu wenig, was dies für unsere Gesundheit bedeutet. Zu bestimmten Nanomaterialien liefern Tierversuche aber schon beunruhigende Erkenntnisse: So erwies sich Nanosilber, mit Nano-Titandioxid eines der am häufigsten verwendeten Nanomaterialien, als giftig für Zellen von Mäusen und Ratten. Da Nano-Silber antimikrobiell wirkt, werden Lebensmittelverpackungen und Küchenprodukte, Sportbekleidung und Waschmaschinen damit imprägniert: Lebensmittel sollen so länger frisch bleiben, Sportsocken nicht mehr müffeln und Wäsche keimfrei sauber werden.

Nano-Titandioxid wiederum findet sich als UV-Schutz in vielen Sonnencremes, wird aber auch als Lebensmittelzusatz etwa zum Bleichen oder Haltbarmachen verwendet. In einer aktuellen Studie wurde es trächtigen Mäusen injiziert – und rief bei den Embryos Störungen des Genital- und Nervensystems hervor. In einem anderen Tierversuch löste Nano-Titandioxid

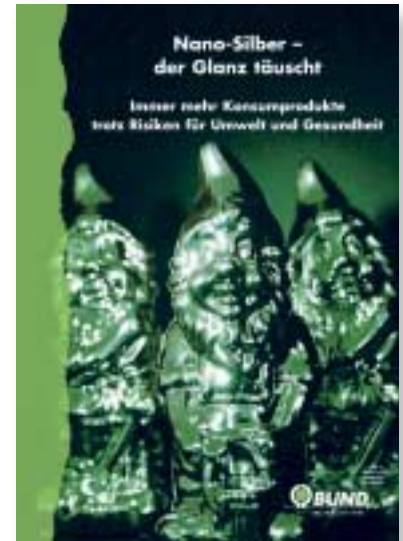
nach Aufnahme über die Atemwege Lungenkrebs aus. Inwiefern diese Ergebnisse auf den Menschen zu übertragen sind, ist noch nicht geklärt.

Fakt ist, dass die Risikoforschung der Markteinführung von Nanoprodukten deutlich hinterherhinkt. Der Gesetzgeber kommt seiner Aufgabe, uns Verbraucher durch nanospezifische Regulierung zu schützen, bisher nur sehr schleppend nach. Einen Anfang macht die neue EU-Kosmetikverordnung, die jedoch erst 2012 in Kraft tritt. Sie schreibt erstmals auch Sicherheitstests und eine Kennzeichnung für Nanopartikel vor. Welche Regeln künftig für Nano-Lebensmittel gelten sollen, wird im Rahmen der neuen Novel-Food-Verordnung in Brüssel diskutiert.

Der BUND setzt sich für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Nanotechnologie ein, der Umwelt- und Gesundheitsschutz vor Profitinteresse stellt. Unsere Materialien zum Thema, wie die neue Studie »Nanosilber – der Glanz täuscht« (ab 19.11.) und der Flyer »Nanos überall – Nanotechnologie im Alltag«, erhalten Sie auf www.bund.net/publikationen oder im BUNDladen, Tel. 030/27586-480, bundladen@bund.net.

Sarah Häuser

... arbeitet fürs BUND-Referat »Stoffe und Technologien«.



Nanosilber – die Giftzwerge sind auf dem Vormarsch.

Anzeige



Schmelzfeuer
Die Gartenfackel zum Kerzenrecyclen

Zu bestellen bei www.BUNDladen.de
Infos:
Tel. 09563 2028 oder www.denk-keramik.de

Gut leben – in der Großstadt

Feinstaub und Stickoxide machen krank – und heizen das globale Klima auf. Die EU hat deshalb Grenzwerte definiert, die viele Städte dazu bewegt haben, Umweltzonen einzurichten. Doch muss noch mehr passieren, um den Stadtverkehr zu entgiften.

Anfang 2005 trat ein EU-weiter Grenzwert für Feinstaub in der Außenluft in Kraft – und machte große politische Versäumnisse sichtbar. Bürger können seither klagen, wenn die Tagesmittelwerte für Feinstaub in ihrem Umfeld regelmäßig übertroffen werden – Grenzwerte, die übrigens weit oberhalb der Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation liegen.

Vorsicht vor Feinstaub und NO₂

Je kleiner die Partikel, desto gefährlicher sind sie für unsere Gesundheit. Denn umso tiefer dringen sie in die Lungengefäße und von dort in den Blutkreislauf ein. Sie lösen Atemwegs- und Herz-Kreislaufkrankungen sowie Lungenkrebs aus. 70 000 vorzeitige Todesfälle pro Jahr durch Feinstaub wurden für die Bundesrepublik ermittelt. Der Ruß aus Dieselmotoren ist die dominante Feinstaub- und Rußquelle in den Städten. Bundesweit betrachtet emittieren Industrieschornsteine die größten Mengen und erhöhen die Hintergrundbelastung in den Städten. Hier allerdings sind nicht die Kommunen gefragt, sondern die Bundespolitik.

Ab dem 1. Januar 2010 greift der EU-weite Grenzwert für Stickstoffdioxid (NO₂) von 40 µg pro Kubikmeter. Derzeit wird er in deutschen Städten an etwa 70 Messstellen überschritten. Mit Atemwegserkrankungen und einem Anstieg der vorzeitigen Todesfälle wirken Stickoxide ähnlich wie Feinstaub. Auch sie stammen in erster Linie aus der unvollständigen Verbrennung in Dieselmotoren. Maßnahmen gegen Feinstaub mindern also auch die Belastung durch Stickoxide.

Umweltzone plus

Mit Umweltzonen und Fahrverboten für ältere, sehr umweltschädliche Dieselfahrzeuge zeigten über 30 deutsche Städte Reaktion. In Berlin senkte die 44 qkm große Umweltzone den Feinstaub aus dem Straßenverkehr schon im ersten Jahr um 24 %, die Stickoxide um 14 %. Im München nahm die Belastung an viel befahrenen Straßen gegenüber dem Trend um bis zu 11 % ab. Behauptet der ADAC – auf Basis einer fragwürdigen Auftragsstudie –, Umweltzonen seien unwirksam, so ist dies heute klar widerlegt. Auch die Gerichte sehen das so. Mit der jetzigen Regelung (die für grüne Plaketten noch keinen Partikelfilter vorschreibt) können Umweltzonen die Gesamtbelastung um bis zu 10 % mindern.

Umweltzonen sind also meist unverzichtbar. Zusätzlich müssen Fahrrad, Bus und Bahn gezielt gefördert werden, um die Grenzwerte einzuhalten und ein dauerhaft gesundes Stadtklima zu etablieren. Mehr Fuß-, Rad-, Bus- und Bahnverkehr wird es nur geben, wenn Straßenraum umverteilt und so mehr Aufenthaltsflächen, mehr Grün, mehr Lebensqualität für alle entsteht. Nur lebenswerte Städte werden den Trend zur Abwanderung in die Vororte stoppen oder gar umkehren. In Berlin hat sich der Radverkehr in den letzten Jahren auf 12 % verdoppelt. Auch in Frankfurt/Main, München und anderen Städten nimmt er stetig zu. Spitzenreiter Münster hat über 30 %, und Kopenhagen will seinen Radverkehr gar auf anteilig 50 % erhöhen.

Wer den emissionsfreien Verkehr fördert, mindert nicht nur den Ausstoß von Ruß und Stickoxiden – der stark zur globalen Erwärmung beiträgt. Er senkt auch den CO₂-Ausstoß und schützt damit ebenso das Klima. »Klimafreundlich und sauber mobil in Großstädten« lautet deshalb das Motto des BUND, um in den nächsten Monaten ein Netzwerk von Aktiven für lebenswerte Großstädte zu knüpfen.

Werner Reh

... leitet das BUND-Verkehrsreferat.



R.B./pixelio

► Arbeitskreis Motorradlärm im BUND Rems-Murr, holger.siegel@bund.net

Lärmschutz – nicht vor Motorrädern?

Rund 15 Millionen Deutsche sind Dauerlärm ausgesetzt, bei tagsüber mehr als 65, nachts über 50 Dezibel. Ihr Herzinfarkttrisiko ist stark erhöht. Laut EU-Umgebungsärmrichtlinie müssen alle Ballungsräume mit 250 000 und mehr Einwohnern strategische Lärmkarten erarbeiten, die die Belastung durch Verkehrslärm genau darstellen – und auf ihrer Basis Aktionspläne entwickeln, die den Straßen-, Schienen- und Fluglärm senken.

So weit das allgemeine Ziel. Anders oft die Praxis. Zwei Beispiele: Über die Hälfte der deutschen Motorräder sind lauter als die Polizei erlaubt – weil ihre Auspuffe ausgetauscht oder manipuliert wurden. Bis 2007 kostete das die Halter 50 € und drei Punkte in Flensburg, seitdem bleiben sie straffrei. Und eine neue Zulassungsnorm für Motorräder richtet sich nach Tempo 50 bei leisester Fahrt, nicht bei lauter Beschleunigung. Zudem fehlt die Rechtsgrundlage, um zu laute Kräder polizeilich zu sanktionieren.

Nachbessern für Gesundheit und Umwelt

Energiesparlampen sind unverzichtbar für den Klimaschutz. Darum hat die EU das Ende der Glühlampe eingeleitet – und dafür nicht nur Lob geerntet. Denn Energiesparlampen enthalten giftiges Quecksilber und geben elektromagnetische Strahlen ab. BUND-Experten haben das Für und Wider näher untersucht und abgewogen.

Glühlampen wandeln nur fünf Prozent der eingesetzten Energie in Licht um – der Rest verpufft in Form von Wärme. Energiesparlampen aber erzeugen die gleiche Helligkeit mit bis zu 80 Prozent weniger Strom. Nun ist zwar der Anteil der Beleuchtung am gesamten Stromverbrauch niedriger als der von Haushaltsgeräten oder Elektromotoren. Doch auch die Einsparung infolge des Glühlampenverbots muss genutzt werden, um den drohenden Klimawandel einzudämmen. Immerhin werden so einmal zehn 500-MW-Kohlekraftwerke überflüssig – Kraftwerke, die u.a. Quecksilber emittieren. Mit dem Ende der Glühlampe wird daher weniger Quecksilber die Umwelt belasten – die korrekte Entsorgung der Sparlampen vorausgesetzt.

Auch wenn die Sparlampen wegen ihrer Energieeffizienz unverzichtbar sind: Ihre derzeit noch vorhandenen Negativeffekte müssen deutlich begrenzt werden. So fordert der BUND ein Gesetz, das die Hersteller verpflichtet, Quecksilber so weit wie technisch möglich aus den Energiesparlampen zu verbannen, bis hin zur Entwicklung quecksilberfreier Leuchtmittel. Denn Quecksilber verdunstet bereits bei Zimmertemperatur und gefährdet beim Bruch einer Lampe in ungelüfteten Räumen v.a. Schwangere und Kinder. Zudem ist das hochgiftige Schwermetall nicht abbaubar und reichert sich in der Umwelt an. Eine über lange Zeit auftretende hohe Quecksilberbelastung kann die Gesundheit ebenfalls schwer schädigen. Daher müssen ausgediente Lampen unbedingt als Sondermüll erfasst werden. Warnhinweise wie »enthält giftiges Quecksilber« und »darf nur als Sondermüll entsorgt werden« müssen zur Vorschrift werden.

Strahlung senken

Außerdem verursachen Energiesparlampen im direkten Umfeld unnötigen Elektrosmog. Höherfrequente Strahlung belastet alle Lebewesen, besonders aber Schwangere, Kleinkinder und grundsätzlich elektrosensible Menschen. Als typische Symptome werden Unwohlsein, Kopfschmerzen, ein schwankender Blutdruck, Schlafstörungen oder Konzentrationsprobleme genannt. Man sollte daher Abstand halten und nicht abgeschirmte Sparlampen vorerst nicht körpernah einsetzen, etwa in Leuchten am Nacht- und Schreibtisch. Mit zunehmendem Abstand lässt die Strahlung stark nach, in den Vordergrund tritt dann die Grundbelastung durch andere Strahlungsquellen im Haushalt –

schnurlose Telefone, Bügeleisen, Staubsauger etc. Auch gibt es technische Möglichkeiten, den E-Smog von Energiesparlampen auf ein unbedenklicheres Maß zu begrenzen. Einzelne Modelle schirmen bereits über 90 Prozent der üblichen elektromagnetischen Strahlung ab. Der BUND fordert die Ausschöpfung aller Möglichkeiten als technischen Standard gesetzlich zu definieren. Die Hersteller müssen zudem Auskunft geben, wie stark ihre Lampen strahlen.

Gesundheitlich wirkt sich auch das Lichtspektrum einer Lampe aus. Künstliches Licht stellt immer einen Kompromiss dar, da sich das natürliche Tageslicht je nach Wetter, Tages- und Jahreszeit stark verändert. Sparlampen geben nicht grundsätzlich »kälteres« Licht als Glühlampen. Achten Sie also beim Kauf auf das gewünschte Spektrum. Qualitätslampen mit doppelter Umhüllung und adäquater Beschichtung minimieren auch den Einfluss, den Anteile von Blau- oder UV-Licht auf die Gesundheit haben können.

Wilfried Kühling

... ist Sprecher des Wissenschaftlichen Beirats des BUND.

Hintergrundpapier »Energiesparlampen in der Kritik. Beleuchtung muss umwelt- und gesundheitsverträglich werden« (16 S.) ► www.bund.net/publikationen oder BUND-Infoservice, Tel. 030/2 75 86-4 69 (gedruckte Kopie)



Der Ausstiegsplan für klare Lampen (■ = Handel verboten)

	Effizienzklasse F + G	Standard-Glühlampen und konventionelle Halogen-Glühlampen (Effizienzklasse D + E)				Halogenlampen (Effizienzklasse B + C)
		≥ 100 W	≥ 75 W	≥ 60 W	< 60 W	
seit 1.9.2009	■	■	■	■	■	■
ab 1.9.2010	■	■	■	■	■	■
ab 1.9.2011	■	■	■	■	■	■
ab 1.9.2012	■	■	■	■	■	■

... eine gesunde Umwelt

Der BUND-Arbeitskreis Gesundheit versteht sich als Schnittstelle zwischen engagierten Umweltgruppen, Nichtregierungs- und Selbsthilfeorganisationen. Gemeinsam mit Umweltmedizinern stellt er vielfältige Bezüge zwischen Umwelt- und Gesundheitsschutz her.

Der BUND setzt sich für eine gesunde Umwelt ein. Für uns selbst und für künftige Generationen möchten wir gute Lebensmittel, frische Luft, sauberes Wasser und eine vielfältige, erholsame Natur bewahren. Das Thema der ehrenamtlichen Fachleute im BUND-Arbeitskreis Gesundheit ist der vorsorgende Umwelt- und Gesundheitsschutz. Ihre Instrumente sind Tagungen, die »Ökologischen Ärztebriefe«, Vorträge, Positions- und Hintergrundpapiere. Ihre Motivation ist die Fülle interessanter Themen und das Arbeiten in Netzwerken. So beschäftigt sich der Arbeitskreis mit Ernährungsfragen, mit Chemikalien und Nanoprodukten oder Luftverschmutzung und Lärm – Themen, die auf den vorhergehenden Seiten vertieft wurden. Auch die in Deutschland mehrheitlich abgelehnte Gentechnik oder der inzwischen allgegenwärtige Mobilfunk stehen regelmäßig auf unserer Agenda.

Umwelt als Risiko

Viele Menschen leben in einer verschmutzten und lärmgefüllten Umwelt, umgeben von Anreizen für einen wenig gesunden Lebensstil. Der Arbeitskreis benennt

schädliche Umwelteinflüsse, klärt über die Ursachen auf und sucht nach Wegen, die Lebensbedingungen zu verbessern. Studien haben gezeigt, dass allein eine schlechte Ernährung für die Hälfte unserer westlichen Zivilisationskrankheiten verantwortlich ist und drei bis fünf Prozent aller Krebserkrankungen auf Umweltgifte im engeren Sinne zurückgehen. Das Gesundheitsrisiko, das bestimmte Umwelteinflüsse – Beispiel Feinstaub – bergen, wird immer häufiger von groß angelegten wissenschaftlichen Studien untermauert, etwa im Auftrag der Weltgesundheitsorganisation.

Umweltmedizin und Kindergesundheit

Jedes Jahr richtet der BUND zwei Tagungen gemeinsam mit Umweltmedizinerinnen aus, eine gute Gelegenheit, sich mit Gleichgesinnten zu vernetzen. Zuletzt fand Anfang Oktober in Hamburg die 9. Umweltmedizinische Jahrestagung statt. Veranstalter hat sie der BUND gemeinsam mit vier führenden Fachverbänden zum Thema »Chronische Krankheiten, Schadstoffe und Ernährung«. Auch dieses Jahr hat eine Reihe interessanter Vorträge Ärzte und Betroffene gleichermaßen bewegt. Einen inhaltlichen Akzent setzten Workshops zur Umwelt-Zahnmedizin und zu Schimmelpilzen in der Umweltmedizin.

Einem besonderen Aspekt widmet sich das »Netzwerk Kindergesundheit und Umwelt« in Bremen, das der BUND als Kooperationspartner unterstützt. Der kindliche Organismus reagiert auf Umweltgifte besonders sensibel – da Zell- und Gewebesysteme noch nicht ausgereift sind und die Entgiftung über Leber und Nieren noch nicht voll entwickelt ist. Der BUND unterstützt das Netzwerk dabei, die Schadstoffbelastung in Boden, Wasser, Luft und Nahrung neu zu bewerten.

Innerhalb des wissenschaftlichen Beirats des BUND tauschen sich die Gesundheitsexperten intensiv mit anderen Fachleuten aus – und stehen gern bereit, wenn Arbeitskreise Stellungnahmen oder Fakten zu gesundheitlichen Fragen benötigen. Zusätzlich engagieren wir uns initiativ und in Allianzen mit anderen Verbänden für eine bessere Gesundheitsprävention. Wer sich im Arbeitskreis engagieren möchte, ist dazu herzlich eingeladen.

Dr. Peter Germann

... ist Sprecher des BUND-Arbeitskreises Gesundheit.

► dr.peter.germann@web.de



blickwinkel/McPhoto